

► Diese iz3w enthält eine Flugschrift der Aktion 3. Welt Saar, die zuvor bereits der taz und der Jungle World beigelegt war. Die darin vorgebrachte Kritik an der Arbeit von Entwicklungsorganisationen in Palästina stieß bei diesen auf Empörung. Der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, René Wildangel, meldete sich bei der iz3w-Redaktion und bat darum, die Flugschrift seinerseits einer Kritik unterziehen zu können.

Beilagen kommentieren wir normalerweise nicht und verweisen auf die Meinungsfreiheit ihrer UrheberInnen. Doch weil das Thema der Flugschrift ebenso wichtige wie umstrittene Fragen betrifft, haben wir uns entschieden, Wildangels Beitrag zu dokumentieren. Wir verbinden dies mit dem Wunsch, in der kommenden Ausgabe die Diskussion über internationale Aktivitäten in Palästina zu vertiefen. Beiträge sind erwünscht.

die redaktion



Volontärin auf Seiten Palästinas: Filmstill aus »Hannas Reise«

## Polemik statt Debatte

### Die Flugschrift »Vorsicht, die Helfer kommen« diskreditiert die Arbeit von NGOs in Palästina

von René Wildangel

► Seit Beginn des israelisch-palästinensischen Konflikts wird humanitäre Hilfe geleistet, um die palästinensischen Flüchtlinge aus den Kriegen von 1948 und 1967 oder die notleidende Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu versorgen. Seit vor über zwanzig Jahren der so genannte Friedensprozess im Nahen Osten begann, kommen umfangreiche Mittel dazu, um den Aufbau von staatlichen Strukturen und Infrastruktur zu unterstützen, die palästinensische Wirtschaft zu beleben und die Zivilgesellschaft zu fördern. Warum aber haben diese Mittel so wenig dazu beigetragen, die Lage der PalästinenserInnen zu verbessern? Warum hat sich die politische Lage vor Ort sogar noch verschärft?

Diese Frage lohnt eine ernsthafte Debatte, die Denkanstöße für einen Politikwechsel gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt geben könnte. Aber wenn es um den Nahostkonflikt geht, kann eine solch wichtige Fragestellung schnell in Polemik münden. In Israel und in Deutschland gibt es AkteurInnen, die gezielt die Arbeit von Entwicklungsorganisationen oder deutscher Stiftungen wie der Heinrich-Böll-Stiftung des Antisemitismus oder überzogener Israel-

kritik bezichtigen. Belege werden nicht geliefert; es geht um Diskreditierung.

#### Vorgestrig und naiv

► Die Flugschrift der Aktion 3. Welt Saar »Vorsicht, die Helfer kommen« ist ein Beispiel dafür. Darin wird die gesamte Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in den palästinensischen Gebieten pauschal diffamiert – also die sehr unterschiedlichen Bemühungen der nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen, deutscher Stiftungen, von Menschenrechtsorganisationen und Hunderten NGOs. Ihnen werden allesamt unlautere Motive von purem Eigeninteresse bis zu Antisemitismus unterstellt.

Die Flugschrift beginnt mit einer Einführung, die sich entwicklungskritisch gibt. Was dann folgt, wirkt wie eine Karikatur einer Debatte über Entwicklungspolitik von vorgestern (was durch die beharrliche Benutzung des Begriffs »Dritte Welt« verstärkt wird): Als würden NGOs heute unbedarft in die Welt ziehen, um »zu helfen«.

Das ist ein naiver Blick auf das weite Feld der Entwicklungspolitik, als würde in Deutsch-

land wie international nicht seit Jahrzehnten über Kriterien der Wirksamkeit und die Legitimität von EZ kritisch reflektiert, auch von Entwicklungsorganisationen selbst. Das gilt zum Beispiel für Themen wie Augenhöhe und Machtasymmetrien im Nord-Süd-Dialog, vorgebliche oder tatsächliche neokoloniale Diskurse, die Probleme ökonomischer Interessenleitung und politischer Konditionalität.

Im folgenden Teil der Flugschrift wird deutlich, dass die undifferenzierte Kritik nur ein Vorwand ist: Eigentlich geht es um die Diskreditierung sämtlicher Aktivitäten von NGOs in der EZ mit Palästina. Behauptet wird, es gebe »weitaus schlimmere Krisenregionen« in der Welt als die palästinensischen Gebiete, gemessen an Indikatoren wie Lebenserwartung und Kindersterblichkeit. Daher erscheint den AutorInnen die Vielzahl der vor Ort tätigen NGOs und UN-Organisationen verdächtig. Wiederum wird Entwicklung auf einen kleinen Ausschnitt humanitärer Hilfe reduziert, während die Vielzahl der vor Ort tätigen NGOs seit Beginn des Friedensprozesses 1993 vor allem am Aufbau palästinensischer Staatlichkeit, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wirken. »Schlimm« ist kein Gradmesser für den Bedarf oder die Sinnhaftigkeit von EZ. Die meisten Organisationen sind vor Ort, weil ein weltweites Interesse an der Zweistaatenlösung

und dem Aufbau eines palästinensischen Staates besteht.

### Distanz zur Hamas

► NGOs vor Ort wird in der Flugschrift mangelnde Distanz gegenüber der Hamas vorgeworfen; allerdings fehlen hierfür, nach einem Exkurs über die Gaza-Flotille, jegliche stichhaltigen Belege. Es wird eine »eindeutige Distanz zur Hamas« eingefordert, um so »eine Unterstützung, in deren Zentrum tatsächlich das Wohl der PalästinenserInnen steht«, zu ermöglichen. So wird der Eindruck erweckt, internationale NGOs und Entwicklungsorganisationen arbeiteten mit der Hamas zusammen oder würden deren Ideologie gut heißen.

Der Vorwurf ist besonders absurd, da seit dem international boykottierten Wahlsieg der Hamas 2006 und ihrer Machtübernahme im Gazastreifen die Hamas und ihre de-facto Regierung nicht nur nicht unterstützt, sondern darüber hinaus nicht in die Koordination der internationalen Hilfe einbezogen wird. Das hat dazu geführt, dass mittlerweile fast ausschließlich humanitäre Hilfe, aber kaum noch notwendige Beiträge zu den staatlichen Strukturen und Institutionen geleistet werden können, die eigentlich für das »Wohl der PalästinenserInnen« zuständig sind. EZ »auf Augenhöhe« sieht anders aus.

Die Behauptung, Israel habe sich »schon 2005 vollständig« aus dem Gazastreifen zurückgezogen und die Hamas halte »den Schlüssel in der Hand«, widerspricht zudem der internationalen Auffassung, dass Israel aufgrund der weitgehenden Land-, Luft- und Seeblockade des Gazastreifens weiterhin völkerrechtliche Verantwortung für die Zivilbevölkerung trägt. Eine Entwicklungsperspektive für den Gazastreifen ist nur möglich, wenn nach einem Ende der Blockade wieder Ex- und Importe funktionieren und Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter garantiert ist. Darauf weisen seit vielen Jahren Studien etwa der UNO und der Weltbank hin. Nur dann würde langfristig auch die Machtbasis für die Hamas schwinden. So lange der Gazastreifen mit seinen 1,7 Millionen überwiegend jungen BewohnerInnen durch die Blockade Israels und Ägyptens in einem künstlichen Elendszustand gehalten wird, bleiben nachhaltige Entwicklung und eine demokratische politische Entfaltung, die der Hamas die Machtbasis entziehen könnte, unmöglich.

### Pauschale Diffamierung

► Den »Helferinnen und Helfern« wird in der Flugschrift vorgeworfen, den Konflikt verlängern zu wollen, damit ihr Arbeitsplatz gesichert bleibt; wenn sie nicht ohnehin nur aufgrund von »Abenteuerlust und Partyfeeling« vor Ort seien. Natürlich haben auch NGOs Interessen. Aber die Unterstellung, deutsche Stiftungen, NGOs und staatliche Trägerorga-

nisationen würden vor Ort bewusst gegen eine friedliche Lösung arbeiten, um so nicht ihre Arbeitsgrundlage zu verlieren, ist eine ebenso böswillige wie absurde Polemik, welche sämtliche Bemühungen der in Palästina tätigen Organisationen diffamiert.

Noch schwerer wiegen Vorwürfe, im »Zentrum der Politik vieler der mit dem ‚Nahostkonflikt‘ beschäftigten NGOs« stünden »die Dämonisierung und Delegitimierung Israels«. Dies wird nicht belegt, sondern bleibt als hässlicher Vorwurf im Raum stehen. Noch übertroffen wird dies von folgender Aussage: »Die Tätigkeit zahlreicher NGOs in den palästinensischen Gebieten hat mit humanitärer Hilfe nichts zu tun, sondern besteht in einer antisemitisch motivierten Dämonisierung und Delegitimierung Israels.« Damit schließt sich das Flugblatt einer perfiden Diffamierungskampagne an, wie sie in Israel von der Lobbyorganisation NGO-Monitor (die in Flugschrift gleich in der ersten Fußnote zitiert wird) und anderen ultrarechten Organisationen betrieben wird.

Der NGO-Monitor, der sich vorgeblich für Transparenz einsetzt, beschuldigt all jene der Unausgewogenheit, die Menschenrechtsverletzungen unter israelischer Besatzung thematisieren. Dabei geht er nicht selten mit unlauteren Mitteln vor. So diskreditierte ein Mitarbeiter der Organisation systematisch unliebsame NGOs, indem er ihre Wikipedia-Einträge negativ zu verändern suchte (siehe Haaretz, 17. Juli 2013).

Die deutschen Stiftungen befinden sich auf der Webseite des NGO-Monitor in guter Gesellschaft mit weiteren vermeintlich vorgegenommenen Organisationen wie Human Rights Watch oder Amnesty International, aber auch israelischen Menschenrechtsorganisationen wie B'tselem oder Breaking the Silence. Den VerfasserInnen der Flugschrift sind sie ein Dorn im Auge.

Einem Bericht von Amnesty über den Wassersektor wird vorgeworfen, mit falschen Zahlen zu arbeiten. Kaum ein Bereich ist so gut erforscht, wie die israelische Ausbeutung palästinensischer Wasserressourcen. Der Bericht von Amnesty zeichnet sich vor allem durch Fallstudien einzelner Betroffener vor Ort aus, die akribisch recherchiert und dokumentiert wurden. Dass die AutorInnen, ohne darauf überhaupt einzugehen, den umfangreichen Amnesty-Bericht mit einer politisch gefärbten Antwort israelischer Wasserexperten widerlegen wollen, spricht Bände. Als »Delegitimierung Israels« gelten offensichtlichlich all jene Stimmen, die sich für die Anwendung internationalen Rechts und der Menschenrechte einsetzen. Es gleicht einem Kunststück, dass die Flugschrift weder die israelische Besatzung noch die Siedlungspolitik noch das internationale Recht erwähnt.

Dass seit Beginn des Osloprozesses große Summen in den Staatsaufbau in Palästina fließen, ist korrekt. Warum aber gibt es bis

heute keinen palästinensischen Staat? Auch darüber wird seit Jahren diskutiert, was in der Flugschrift unerwähnt bleibt. Entwicklungskritische Diskussionen werden in Palästina sowohl von lokaler wie internationaler Seite geführt. Gerade die palästinensische Zivilgesellschaft übt seit längerem Kritik an internationaler Hilfe, die einerseits den Aufbau eines palästinensischen Staates vorantreiben soll, während andererseits die israelische Besatzung und die Ausweitung der Siedlungspolitik stillschweigend hingenommen wird.

### Notwendige Diskussion bleibt aus

► Die Alimentierung der palästinensischen Gebiete mit Hilfsgeldern befördert nicht »israelkritische« Aktivitäten, wie behauptet, sondern hat genau den gegenteiligen Effekt. Die aufgebrachten Mittel entlasten Israel von seiner in den Genfer Konventionen verankerten völkerrechtlichen Verantwortung für die besetzten Gebiete. Während Israel aus der Besatzung großer Teile der Westbank durch die Ausbeutung von Ressourcen und Aneignung des Landes große finanzielle Vorteile schöpft, fehlen der palästinensischen Wirtschaft laut eines 2013 von der Weltbank veröffentlichten Berichtes dadurch bis zu 3,5 Milliarden Dollar jährlich. Um in Palästina wirkliche Entwicklung zu ermöglichen, ist ein Ende der im Oslo-Prozess gewachsenen Strukturen und der israelischen Besatzung sowie die Schaffung eines souveränen Staates notwendig. Aber genau diese Debatte fehlt in der Flugschrift.

Schizophrenerweise ist dies eine Konsequenz der vorgebrachten Argumente: Würde die vermeintlich böartige und israelkritische »Hilfe« für Palästina morgen gestoppt, würde die palästinensische Autorität, die eng die Sicherheit vor Ort mit Israel koordiniert, zusammenbrechen und die gesamte Verantwortung über die Westbank wieder an Israel fallen.

Derweil zahlen europäische SteuerzahlerInnen für die EZ mit Palästina Millionenbeträge, die ein souveräner palästinensischer Staat selbst erwirtschaften könnte. Eine kritische Diskussion über die bestehenden Strukturen ist daher notwendig. Die pauschale Diffamierung von Organisationen, die sich für den Aufbau eines palästinensischen Staates und seiner Gesellschaft einsetzen, trägt dazu aber nichts bei.

► René Wildangel ist seit 2012 Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Palästina. Das Büro in Ramallah wurde 1999 eröffnet und arbeitet mit palästinensischen Partnerorganisationen zu den Schwerpunkten Menschenrechte, Geschlechterdemokratie, Umweltgerechtigkeit. Er bloggt mit den anderen Nahost-BüroleiterInnen der Stiftung auf <http://heinrichvonarabien.boellblog.org>